



FDP Bayern – Rindermarkt 6 – 80331 München

Forum Bildungspolitik in Bayern
Herrn Klaus Wenzel
Sprecher
Postfach 150209
80042 München

Thomas Hacker, MdL
Stellv. Landesvorsitzender
Fraktionsvorsitzender

München, 26. April 2013

Wahlprüfsteine des Forums Bildungspolitik in Bayern

Sehr geehrter Herr Wenzel,

vielen Dank für die Übersendung der Fragen des Forums Bildungspolitik, die ich sehr gerne im Namen der bayerischen FDP beantworte.

1. Ganzheitliche Bildung statt Reproduktion kognitiver Bildungsinhalte!

Wissenschaftliche Erkenntnisse, vor allem der Hirnforschung, verlangen eine andere Sicht auf Leistung und Leistungsrückmeldung als Basis nachhaltiger Lernprozesse.

Diese Erkenntnisse bedingen: Schulen müssen vom Ausleseauftrag befreit werden. Für alle Beteiligten bringt das viele Vorteile: Schüler/innen können und dürfen sich auf die vernetzten Inhalte ihres Lernens konzentrieren. Die Lehrer/innen müssen nicht mehr einen Großteil ihrer Zeit und Energie auf Korrigieren, Durchführen und Rechtfertigen von justiziablem Notenerhebungen aufwenden. Schüler/innen können Lehrer/innen als Lernbegleiter/innen wahrnehmen und nicht als Instanz, die ihnen Lebenschancen zubilligt oder verweigert. Die Beziehungen zwischen allen Beteiligten - Eltern, Lehrer, Schüler - werden somit entlastet und kooperativ.

Das Nicht-Versetzen muss ersetzt werden durch individuelle Förderung, da vielfach nachgewiesen ist, dass es weder Vorteile für die wiederholenden Schüler/innen noch für die verbleibende, vorgeblich homogene Klasse hat. Die dadurch erzielten finanziellen Ersparnisse werden dort für Förderunterricht eingesetzt, wo Kinder ihn benötigen.

6. Den Elternwillen beim Übertritt freigeben!

Pädagogisch sinnvoll und ehrlich wäre es jedoch, wenn Eltern zusammen mit ihren Kindern die Entscheidung über den Übertritt in die weiterführende Schule treffen, nach intensiver Beratung mit Lehrpersonen, Schulpsychologinnen und Beratungslehrkräften.

Denn die Verantwortung für die Wahl der Schullaufbahn tragen letztlich die Eltern und nicht die Grundschullehrer/innen. Dies sorgt dafür, dass Grundschullehrer/innen wieder in Ruhe mit den Kindern arbeiten und Eltern deren Beratungskompetenz annehmen können. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass nach Freigabe des Elternwillens die Übertrittsquote auf Realschule und Gymnasium nicht signifikant gestiegen ist.

Der Übertritt nach der Grundschule ist sicherlich eine bedeutsame Weggabelung im Leben jedes Kindes, aber jeder Mensch wird im Laufe seines Lebens immer wieder mit Übergängen konfrontiert werden. Die ersten wichtigen Übergänge erfolgen schon im frühen Kindesalter: Von der Familie in den Kindergarten, vom Kindergarten in die Grundschule, von der Grundschule in die weiterführenden

de Schule. Auch nach Beendung der Schullaufbahn ist das Leben jedes Menschen von Übergängen gekennzeichnet: Berufseinstieg, Studienbeginn, Ruhestand. Alle Übergänge und die damit verbundenen Veränderungen im Leben sind Herausforderungen, an denen Kinder und Jugendliche wachsen können.

Viele Studien und empirische Untersuchungen belegen vor allem eines: Durch die völlige Freigabe des Elternwillens gibt es keine Verbesserung im Schulsystem. Mit der Abschaffung der Übertrittsempfehlung wird keine soziale Ungleichheit abgeschafft. Ganz im Gegenteil: die Studie „Verbindliche und unverbindliche Grundschulempfehlungen und soziale Ungleichheiten am ersten Bildungsübergang“ von Jörg Dollmann bestätigt zum Beispiel, dass die soziale Ungleichheit in Nordrhein-Westfalen durch die totale Freigabe größer geworden ist. Dollmann sagt: „Wir konnten zeigen, dass durch die verbindliche Empfehlung der Einfluss der sozialen Herkunft der Kinder auf ihren weiteren Bildungsweg schwächer wurde.“ Die Praxis zeigt somit: Der Elternwille hat einen starken Einfluss, wie auch Kai Maaz vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin bestätigt. So lässt sich der soziale Einfluss beim Kompetenzerwerb, den Schulnoten sowie den Übergangsempfehlungen nachweisen. Eltern sollten sich jedoch nicht von Wünschen leiten lassen, sondern neben der Beratung, die bereits ab der 3. Klasse beginnt, auch eine Basis haben, die objektive Kriterien enthält. Die Lehrerinnen und Lehrern an der Schule richten sich nach Standards zur Leistungserhebung und deshalb kommen Noten nicht willkürlich zustande.

Seit dem Schuljahr 2009/10 wurde ein Gesamtkonzept für ein kind- und begabungsgerechtes Übertrittsverfahren umgesetzt. In der 4.Jahrgangsstufe sind für das gesamte Schuljahr eine Richtzahl für Leistungsnachweise und eine Ansage der Termine von Leistungsnachweisen geschaffen worden, nicht um mehr Stress für die Schülerinnen und Schüler zu schaffen, sondern um mehr Lernphasen ohne Prüfungsdruck zu ermöglichen und eine höhere Transparenz unter den Grundschulen bayernweit zu schaffen. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten inzwischen am Ende der 4.Klasse ein Übertrittszeugnis mit Schullaufbahnempfehlung. Auch im Probeunterricht ist der Elternwille gestärkt worden und alle regulären 5.Klassen der weiterführenden Schularten sind per se „Gelenkklassen“, das heißt es gibt individuelle Fördermaßnahmen an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien. Das Gelenk hat zwei Dimensionen: Zum einen soll ein Schulwechsel nach unten vermieden und zum anderen ein aufsteigender Schulwechsel erleichtert werden.

Der Bildungsweg ist mit dem Übertritt nach der Grundschule mitnichten entschieden. Stattdessen haben wir Liberale dafür gesorgt, dass das bayerische Schulsystem viel flexibler geworden ist. Zu nennen sind hier beispielsweise die Kooperation aus Realschule und Mittelschule, der Ausbau der Einführungsklassen an Gymnasien für Schüler mit gutem mittleren Schulabschluss oder die Ausweitung der FOS 13, an der ebenfalls die allgemeine und fachgebundene Hochschulreife erworben werden kann. Der kürzlich veröffentlichte „Bildungsmonitor 2012“ bescheinigt Bayern hinsichtlich der Qualität des Schulsystems sehr gute Noten. So belegt der Freistaat in den bildungspolitischen Handlungsfeldern der Schulqualität, der Effizienz der eingesetzten Mittel und der beruflichen Bildung jeweils den ersten Platz. Besonders erfreulich ist zudem, dass der Freistaat in seinen Anstrengungen, Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen und Bildungsarmut zu vermeiden, mit dem bundesweit dritten Platz belohnt wird.

Geeignete Maßnahmen für einen gerechteren und gemilderten Leistungsdruck gibt es zahlreiche. So sollten die Noten nicht nur produktorientiert, sondern auch prozessorientiert sein. Für uns Liberale ist sehr wichtig, dass zusätzlich zu den kognitiven Leistungen ein Portfolio, Verbalbericht und Entwicklungsbericht hinsichtlich Kompetenzen und Stärken im musischen, sportlichen oder sozialen Bereichen eine Rolle spielt, um den Schüler ganzheitlich zu sehen. Diese alternativen Leistungsbeurteilungen sind wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung eines Schülers und tragen dazu bei, einen ganzheitlichen Ansatz, der Stärken und Schwächen berücksichtigt, umzusetzen. Und dies gilt nicht nur für den Übertritt, sondern für die gesamte Schullaufbahn. Da die Heterogenität der Schüler sehr hoch ist, sind diese alternativen Leistungsbeurteilungen unbedingt notwendig, um jedes Kind individuell fördern zu können. Desweiteren können standardisierte Kompetenztests dem Referenzklassen-Problem entgegensteuern. Auf diese Weise könnte das Dilemma, dass Durchschnittsleistungen sich von Klasse zu Klasse unterscheiden und beispielsweise ein mittel-

mäßiger Schüler einer Klasse in einer anderen zur Spitze gehört, beseitigt werden. Wir brauchen eine objektive Leistungsbeurteilung mithilfe von Noten und eine ganzheitliche Sicht auf das Kind begleitet durch eine intensive Beratung der Eltern. Wirkliche Chancengleichheit lässt sich weder durch Elternentscheidung noch durch Notengebung oder Lehrervotum erzielen.

In ihrem Wahlprogramm spricht sich die FDP dafür aus, die Grundschule zu stärken, da sie den entscheidenden Grundstock legt für den weiteren Bildungsweg unserer Kinder. Um allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft, gerechte Chancen am Anfang zu ermöglichen, wollen wir mehr Lehrkräfte mit der Ausbildung „Deutsch als Zweitsprache“. Bei der Leistungsbewertung soll künftig neben den zu erreichenden Standards auch der Lernprozess in den Blick genommen werden. Zudem will die FDP die flexible Grundschule stärker in die Fläche bringen, denn sie wird von der Schulfamilie hoch geschätzt. Wir wollen diese Flexibilität auch auf die Jahrgangsstufen 3 und 4 ausweiten, so dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit erhält, die Grundschule in maximal fünf Jahren zu durchlaufen. Damit wird der Notendruck gelindert und sichergestellt, dass jedes Kind die Zeit bekommt, die es braucht, um die erforderlichen Kompetenzen zu erreichen.

2. Chancengerechtigkeit herstellen - frühkindliche und schulische Förderung stärken!

Noch immer hängt, vor allem in Bayern, der Schulerfolg wesentlich von der sozialen Herkunft ab. Es ist vor allem Armut, häufig in Zusammenhang mit Migrationshintergrund, die Bildungserfolge verhindert. Um diesen für ein demokratisches Bildungssystem beschämenden Zustand zu ändern, ist vor allem frühkindliche Förderung notwendig, die nach Studien der Bildungsökonomien die größte Rendite bringt. Kinder aus armen und bildungsfernen Milieus, die in Kindertagesstätten vom 1. Lebensjahr bis zum Schuleintritt gefördert werden, erreichen weit eher das Abitur als solche, die zu Hause bleiben. Mit der Folge, dass sie mehr verdienen, mehr Steuern zahlen und mehr in die Versicherungssysteme einbringen. Gut Ausgebildete sind flexibler, weniger und kürzer arbeitslos, gesünder und leben länger und sie beteiligen sich am Gemeinwesen, fördern also den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zur Minderung der Bildungsdisparitäten ist außerdem der Ausbau der rhythmisierten Ganztagschule voranzutreiben, damit alle Kinder sich in einer anregungsreichen Umgebung bewegen und weniger vom Status ihrer Familien abhängig sind.

Neben den sozialen Ungerechtigkeiten müssen auch die regionalen Disparitäten beseitigt werden. Hierzu müssen in ganz Bayern wohnortnah Bildungsangebote geschaffen werden, die jenseits der starren Trennung der Schularten attraktive Abschlüsse anbieten.

Unsere Gesellschaft braucht jeden einzelnen Schüler mit seinen Talenten und Fähigkeiten. Deshalb muss das bayerische Schulsystem mit seinen Differenzierungen den unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnissen unserer Schülerinnen und Schüler gerecht werden und vor allem durchlässig sein. Denn für uns fängt Bildungsgerechtigkeit früh in der Kindheit an, unabhängig von sozialer Herkunft und Elternhaus.

Wir Liberale sehen Kindergärten auch als Bildungseinrichtungen und wollen eine bessere Vernetzung zur Grundschule erreichen. Wir sorgen für den Erhalt der wohnortnahen Schule und wollen die flexible Grundschule weiter forcieren. Um der heterogenen Schülerschaft gerecht zu werden, hat die FDP im März ein Bildungsfinanzierungspaket auf den Weg gebracht und damit eine „Qualitätsoffensive in Vorschule und Grundschule“ vorangetrieben. Darin enthalten sind viele wichtige Maßnahmen im Bereich der frühkindlichen Bildung und Vorschule, für die wir Liberale uns schon immer eingesetzt haben.

Chancengerechtigkeit beginnt nach unserer Überzeugung am Anfang der Bildungskette. Nachdem wir bereits das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt haben, werden wir nun den Elternbeitrag weiter absenken. Mit Wirkung ab 1. September 2014 ist vorgesehen, Zuschüsse in Höhe von pauschal 50 Euro auch für Kinder im zweiten Kindergartenjahr zu zahlen. Zusätzlich haben wir auch ein ganzes Bündel an Maßnahmen geschnürt, um die Sprachförderung von Beginn an zu verstärken. Denn: Gute Kenntnisse in der deutschen Sprache sind die Voraussetzung für den weiteren schulischen Erfolg. Die Vorkurse Deutsch werden bisher allerdings nur für Kinder mit Migrationshintergrund angeboten. Aus vielen Rückmeldungen aus den Kindertageseinrichtungen und der

Schulfamilie wissen wir aber, dass auch deutschstämmige Kinder einen Förderbedarf in der Sprache besitzen können.

Die Ursache können dabei die soziale Herkunft, Sprach-/Lern- oder Entwicklungsverzögerungen sein. Deshalb werden wir Vorkurse, die 240 Stunden umfassen, auch für deutschstämmige Kinder anbieten. Aufbauend auf den vorschulischen Vorkursen werden in den Jahrgangsstufen 1 und 2 der Grundschule unterrichtsbegleitende Deutschförderkurse eingerichtet. Ziel dieser Kurse ist, nach dem Erwerb der in den Vorkursen grundgelegten allgemeinen Kommunikationsfähigkeit in deutscher Sprache die Sprachkompetenz zu erweitern auf den Gebrauch der Bildungssprache Deutsch, wie sie für den erfolgreichen Unterrichtsbesuch erforderlich ist. Für die rund 2.300 staatlichen Grundschulen richten die Staatlichen Schulämter flächendeckend bedarfsgerecht Deutschförderkurse im Umfang von 2 Stunden in Jahrgangsstufe 1 und 1 Stunde in Jahrgangsstufe 2 ein. Davon profitieren auch die Kinder mit Migrationshintergrund, deren Familien während der Grundschulzeit aus dem europäischen Ausland nach Bayern ziehen, und Kinder von Asylbewerbern bzw. Flüchtlingen. Diese Kinder können nicht auf eine vorschulische Sprachförderung aufbauen und benötigen intensive schulische Deutschförderung, um in das hiesige Schulsystem integriert zu werden.

Nicht zu vergessen ist auch: Wir haben zusätzliche finanzielle Mittel für gebundene Ganztagszüge in der Grundschule eingestellt, damit insbesondere in den Jahrgangsstufen 1 und 2 ein qualitätsvolles Angebot gemacht werden kann. Wir sind davon überzeugt, dass die gebundene Ganztagschule das umfassende Förderungspaket zielgenau abrundet. Um die heterogene Schülerschaft bestmöglich zu fördern, setzen wir uns dafür, dass es mehr Lehrkräfte mit der Zusatzbildung „Deutsch als Zweitsprache“ geben soll. Die FDP setzt sich zudem für den Ausbau der Ganztagschule an allen Schularten ein, denn diese schafft mehr Zeit für die Persönlichkeitsentwicklung, die Entwicklung sozialer Kompetenz sowie für die schulische Entwicklung unserer Kinder. Wir bevorzugen dabei die gebundene Ganztagschule, bei der der Pflichtunterricht auf Vormittag und Nachmittag verteilt und der Aufenthalt an der Schule an Wochentagen für täglich mindestens sieben Zeitstunden verpflichtend ist. Der Unterrichtstag soll rhythmisiert sein – durch den Wechsel von Lernphasen und körperlichen oder künstlerischen Aktivitäten. Auf Basis der gebundenen Ganztagschule lassen sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren. Und die Ganztagschule bietet gegenüber dem Halbtagsangebot einen messbaren pädagogischen Mehrwert. Wir wollen allerdings mehr Qualität in der Ganztagschule. In Ganztagschulen mit gutem Angebot sinkt das Risiko für Klassenwiederholungen und problematisches Sozialverhalten, Schulnoten werden besser, und die Kinder gehen lieber in die Schule. Bei allen diesen Maßnahmen will die FDP dafür sorgen, dass Bildung der Investitionsschwerpunkt in Bayern bleibt und die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden können.

3. Die Professionalität stärken!

Die Ausbildung von Erzieher/innen erfolgt bisher nicht auf europäischem Niveau. Die Bedeutung der frühkindlichen Erziehung, d.h. die Förderung von Kindern sehr großer Heterogenität, macht eine höhere Qualifikation notwendig. Dadurch steigen Ansehen und Bezahlung dieser Berufsgruppe, sodass vermehrt auch Männer den Beruf des Erziehers ergreifen werden. Die für langfristige Förderung notwendige Kooperation zwischen Erzieherinnen, Sozialpädagog/innen und Lehrerinnen verbessert sich, da sie sich auf Augenhöhe begegnen.

In der Lehrerbildung ist die Gleichwertigkeit der Studiengänge für die verschiedenen Lehrämter durchzusetzen, ebenso der gleichwertige Anteil der Erziehungswissenschaften für alle Lehrämter. Außerdem ist der "Master" als Universitätsabschluss für alle Lehrämter erforderlich. Supervision/Praxisreflexion ist im pädagogischen Bereich unabdingbar.

Die in jeder Hinsicht gestiegenen Ansprüche an das Qualifikationsprofil der sozialpädagogischen Fachkräfte bedingen zunächst einmal erhöhte Aus-, Fort- und Weiterbildungserfordernisse. Zur Sicherung der fachlichen Qualität und Handlungsorientierung in den Kindertageseinrichtungen will die FDP-Fraktion die staatliche Anerkennung als Erzieher/ Erzieherin als Standard im sozialpädagogischen Arbeitsfeld beibehalten und grundsätzlich an der Ausbildung an Fachakademien festhalten. Die Fraktion strebt an, die Teams in Kindertageseinrichtungen multiprofessionell und die Lei-

tung jeweils akademisch zu besetzen. Obschon die erhöhten Ansprüche an die pädagogischen Fachkräfte (wie z.B. Sprachförderung, individuelles Entwicklungsmonitoring und das Erkennen individuellen Förderbedarfs, soweit sie in Richtung von Entwicklungsdiagnostik und kompensatorischer Förderung gehen) kaum ohne eine akademische Grundausbildung erfüllt werden können, erscheint eine weitergehende Akademisierung des Fachpersonals jedoch nur langfristig realisierbar.

Voraussetzung dafür sind neben der Wahrung von Praxisbezug und Handlungsorientierung des pädagogischen Personals ebenfalls auch eine höhere Wertschätzung und bessere Bezahlung der Tätigkeit. Da Grundausbildungen nur Basiskompetenzen vermitteln können, die aufgrund neu hinzukommender Themenfelder beständig vertieft und erweitert werden müssen, gewinnt die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung auch im Bereich der frühkindlichen Bildung zunehmend an Bedeutung. Sie ist an fachlich anerkannten und verbindlichen Qualitätsstandards auszurichten. Fortbildungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen sind dabei vorzugsweise als In-House-Formate bzw. als Teamfortbildungen anzubieten. Durch das Angebot von berufsbegleitenden Weiterbildungen sowie von konsekutiven, berufsbegleitenden und dualen bzw. verzahnten Verbund-Studiengängen sollen sich einerseits Kinderpfleger/innen zu Erzieher/innen qualifizieren sowie Erzieher/-innen akademisch weiterqualifizieren und auch parallel qualifizieren können. Unabdingbar für die damit einhergehende Erhöhung der Fach- und Akademikerquote im Bereich der frühkindlichen Bildung sind eine erhöhte Durchlässigkeit, ein vernetztes Qualifizierungssystem sowie eine durchgängige Modularisierung bzw. Anrechnungsmöglichkeit der jeweiligen Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote bzw. -module.

4. Die Eigenverantwortung der Schulen stärken!

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen gesteht den unmittelbar Betroffenen zu wenig Mitsprache und Gestaltungsrechte zu. Dadurch werden wertvolle Möglichkeiten nicht ausgeschöpft, Schulen entsprechend ihrer Schülerklientel und entsprechend der Erfordernisse der Umgebung zu gestalten. Die Beachtung der Vorstellungen der unmittelbar Betroffenen - Lehrer, Eltern, Schüler - führt zu erhöhter Identifikation mit der Schule und zu großen Leistungserfolgen.

Lehrer/innen, Erzieher/innen, Eltern, Schüler/innen und Trägern ist ein größerer pädagogischer, organisatorischer und rechtlicher Bereich zuzubilligen, den sie innerhalb verbindlicher Rahmenregelungen bedarfsgerecht und eigenverantwortlich durch eigenes Budget und Mitsprache bei der Lehrerzuweisung gestalten können. Alles, was Lehrer/innen, Erzieher/innen, Eltern, Schüler/innen und Träger selbst regeln können, sollen sie auch selbst regeln dürfen.

Zu erweitern sind auch bildungspolitische Informations- und Organisationsrechte von Lehrer/innen, Erzieher/innen, Schüler/innen, Eltern und Träger über die Schule und Bildungseinrichtung hinaus in den Bezirken und der Region. Die Betroffenen sollen Formen der Kooperation zwischen einzelnen Schulen, freien Trägern und Jugendverbänden in einer Region entwickeln können.

Das Forum Bildungspolitik in Bayern fordert eine demokratisch gewählte, gesetzlich geregelte Elternvertretung, die alle Schularten gleichberechtigt vertritt, mit Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten. Selbstbestimmung und Selbstverantwortung jedes Heranwachsenden sind Kernelemente einer demokratischen Schule. Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern bilden eine Erziehungsgemeinschaft.

Deshalb sind ihre Mitbestimmungsrechte zu stärken.

Jahrelange Erfahrungen der reformpädagogischen Schulen in freier Trägerschaft müssen genutzt werden, z.B. in den Bereichen Unterrichtsmethoden und Inklusion. Diese Schulen dürfen nicht ausgegrenzt werden, indem sie an den Anerkennungsverfahren zu Profilschulen Inklusion nicht teilnehmen dürfen. Der demokratische Gleichheitsgrundsatz ist bei der Finanzierung aller Schulen, also auch der in freier Trägerschaft, durchzusetzen. Ungleiche Behandlung setzt sich dem Vorwurf der "Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern" aus (GG, Art. 7,4 und Art. 132 Bayer. Verfassung). Der Gleichheitsgrundsatz schließt aber auch die besondere finanzielle Förderung von Einrichtungen und Schulen in sozialen Brennpunkten ein.

In der kommenden Legislaturperiode will die FDP den bereits von 2008-2013 begonnen Weg sukzessive mehr Freiheit und Verantwortung an die Schulen vor Ort zu geben, konsequent fortsetzen. Das Konzept der „Eigenverantwortlichen Schule“ ist auf Grundlage eines liberalen Positionspapiers

in der Koalition durchgesetzt und auf den Weg gebracht worden. So hat die FDP-Landtagsfraktion erreicht, dass im BayEUG die Möglichkeit geschaffen wird, dass bestimmte Schularten eine erweiterte Schulleitung installieren können und der Sachaufwandsträger stets einen festen Sitz im Schulforum erhält.

Wir Liberale setzen dabei den Schwerpunkt bei der Personal- und Qualitätsentwicklung sowie dem Qualitätsmanagement. Zu einer Eigenverantwortlichen Schule gehört für uns deshalb vor allem eine zeitgemäße Führungsstruktur mit einer erweiterten Schulleitung. Denn die Erweiterung der Verantwortung auf mehrere Lehrkräfte einer Schule führt dazu, dass Bildungsstandards nachhaltiger und schneller in den Lehrerkollegien verankert werden und Führungsspannen abgebaut werden können. Schulleiter erhalten ein Plus an Zeit für konzeptionelle Arbeit an ihrer Schule. Das erleichtert auch die Teamarbeit im Kollegium und trägt zur Berufszufriedenheit bei. Zugleich werden Spielräume für zeitgemäße Lehr- und Lernformen geschaffen. Die Organisation des Unterrichts in Doppelstunden, etwa für fächerübergreifenden Unterricht, ist in kleineren Lehrerteams viel leichter umzusetzen.

Mit der Freiheit und Eigeninitiative eng verknüpft ist die Verantwortung für das eigene Tun und Handeln. Freiräume für Schulen bedeuten nicht Anarchie. Denn die Schulen selbst müssen sich systematisch mit der Ermittlung und der Verbesserung ihrer Qualität befassen. Die Schulaufsicht beschränkt sich auf die Zielvorgaben und das Erreichen dieser Ziele. Ein aussagekräftiges Qualitätsmanagement ist deshalb eine grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Eigenverantwortliche Schule. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.

In ihrem Wahlprogramm fordert die FDP beispielsweise mehr Eigenverantwortung der Schulen bei der Personalplanung und bei Personalentscheidungen. Eine zentrale Personalplanung entmündigt die Verantwortlichen in den Schulen und engt den Handlungsspielraum zu Lasten der Qualität ein. Zudem will die FDP die Einführung einer Budgetplanung in Schulen als Einstieg in eine zunehmende Finanzautonomie erreichen. Mehr Eigenverantwortung muss auch zu mehr Autonomie beim Einsatz der verfügbaren Finanzmittel führen. Die Übertragung der Budgetverantwortung auf die Schule darf allerdings nicht zu einer Reduzierung der verfügbaren Finanzmittel führen. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir hierzu die gesetzlichen Grundlagen auf den Weg bringen.

Hinsichtlich der Schulen in privater Trägerschaft spricht sich die FDP in ihrem Wahlprogramm dafür aus, eine Gleichbehandlung aller Schulträger zu erreichen. Seit Regierungsbeteiligung der FDP hat sich die Schulfinanzierung privater Träger auch klar verbessert, indem beispielsweise der Schulgeldersatz deutlich erhöht wurde. Gleiche Wettbewerbsbedingungen in der Schulfinanzierung zu garantieren, bleibt jedoch eine Daueraufgabe.

5. Das Dogma der starren Trennung von Schularten überwinden!

Unsere Schullandschaft muss vielfältiger werden, entsprechend den Bedürfnissen der Gemeinden und Regionen - ein demokratischer Prozess. Anträge auf Schulversuche, die vor Ort gewünscht werden, müssen genehmigt werden, auch wenn sie nicht den bisherigen Strukturen der Schularten entsprechen (z.B. Denkendorf, Kipfenberg u.a.). In andern Bundesländern wird vorgemacht, wie eine organische Schulentwicklung aussieht.

Die Bildungspolitik verordnet keine einheitlichen Schulmodelle, sondern hilft den Schulen, die das wünschen, vor Ort bei der Entwicklung regional passgenauer Schulen. Hierzu müsste sich aber Bayern vom Dogma der ausschließlichen Drei- bzw. Viergliedrigkeit verabschieden und Schulentwicklung von unten zulassen. Gerade für kleinere Gemeinden ist der gemeinsame Schulbesuch ihrer Kinder und Jugendlichen bis zur 10. Klasse wesentlich, da sie sie nur so vor Ort behalten und lange Schulfahrten und leer stehende Schulhäuser vermeiden können. Die für Veränderungen notwendigen finanziellen Mittel sind zur Verfügung zu stellen.

Qualitätssicherungsmaßnahmen wie Zielvorgaben, Supervision und interne Evaluation begleiten die Entwicklung der Schulen.

Das Schulsystem in Bayern ist leistungsstark und legt eine sichere Basis für den Bildungserfolg

der jungen Menschen. Hervorragende Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler aller Schularten bei Vergleichsstudien belegen eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit des bayerischen Bildungssystems. Die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss sinkt seit der Beteiligung der FDP an der Bayerischen Staatsregierung kontinuierlich.

Grundlegende Ziele der FDP-Landtagsfraktion sind, Chancengerechtigkeit und Qualität im Bildungssystem zu garantieren. Ein qualitativ hochwertiges, vielfältiges und zugleich wohnortnahes Schulwesen ist für uns der wesentliche Faktor, um jeder Schülerin und jedem Schüler bestmögliche Bildungschancen zu geben. Deshalb müssen wir unser bayerisches Schulsystem weiterentwickeln und für die Zukunft wetterfest gestalten. Die bildungspolitische Diskussion im Land wird allerdings vor allem durch eine Debatte über Schulstrukturen geprägt. Die in der Tat schwierige Situation der Mittelschule, die sich durch das demographisch bedingte Sinken der Schülerzahlen und das veränderte Schulwahlverhalten der Eltern weiter zuspitzt, bietet in diesem Zusammenhang den Gegnern eines gegliederten Schulwesens einen willkommenen Anlass, andere Schulformen voranzutreiben.

Wir Liberale setzen auf eine Weiterentwicklung der Bildungslandschaft – ohne auf bewährte Schulformen zu verzichten oder sie in ihrem Bestand zu gefährden. Dies bedeutet, dass alle tragfähigen Schulstrukturen weitergeführt werden können, wenn die Schülerzahlen dies hergeben und sich die Schulträger dazu entschließen. Die FDP-Landtagsfraktion ist überzeugt davon, dass die Schulstruktur nur einer von vielen Faktoren ist, die die Qualität von Schule und Unterricht bestimmen. Es gibt ordentliche Ergebnisse bei vergleichenden Bildungsstudien für Länder mit integrativen Schulsystemen, es gibt allerdings bessere Ergebnisse für solche mit gegliederten Schulsystemen. Uns fehlt bis heute der endgültige empirische Nachweis für die Überlegenheit des einen oder anderen Systems. Eine Tatsache hat die Schulforschung dennoch überzeugend herausgearbeitet: Zwischen den einzelnen Schulen - egal in welchem System - gibt es große Unterschiede in der Qualität des Unterrichts und bei den Bildungserfolgen.

Fakt ist, dass die erfolgreichen Schulen Freiräume haben müssen, in denen sie Verantwortung übernehmen können und gezielt Unterrichtsentwicklung vorantreiben können. Deshalb hat die FDP-Landtagsfraktion ihr Konzept der „Eigenverantwortlichen Schule“ in der Koalition durchgesetzt und auf den Weg gebracht. Mit der „Eigenverantwortlichen Schule“ bekommen die bayerischen Schulen beispielsweise eine zeitgemäße Führungsstruktur und mehr Kompetenzen vor Ort direkt an der jeweiligen Schule. Die Erweiterung der Verantwortung auf mehrere Lehrkräfte einer Schule führt dazu, dass Bildungsstandards nachhaltiger und schneller in den Lehrerkollegien verankert werden können – so sichern wir langfristig die Qualität der bayerischen Schulen.

Die Schulstruktur der Zukunft heißt für uns Liberale Eigenverantwortung und Eigeninitiative im Rahmen hoher Qualitätsanforderungen. Die Schule im ländlichen Raum ist ein entscheidendes Zukunftsthema der Bildungspolitik. Es ist zudem belegt, dass in ländlichen Gebieten die Übertrittsquote an Realschulen und Gymnasien niedriger ist als im Vergleich zu städtischen Ballungsräumen mit einem breiten Angebot an weiterführenden Schulen. Trotz der dargestellten positiven Wirkungen, die die Eigenverantwortliche Schule hat, stellen wir Liberale also fest, dass der ländliche Raum vor dem Hintergrund des regionalen Strukturwandels und des Schülerrückgangs zusätzliche schulpolitische Lösungen braucht. Das ist keine neue Erkenntnis, sondern bereits bei Eintritt der FDP in die Staatsregierung 2008 haben wir darauf Wert gelegt, dass eine vertiefte Zusammenarbeit von Realschule und Mittelschule als Kooperationsschule unter einem Dach möglich sein muss, um auf die demographischen Herausforderungen reagieren zu können.

Inzwischen gibt es bayernweit 29 Kooperationsschulen, die in unterschiedlicher Tiefe erfolgreich zusammenarbeiten. Die Kooperationsschule ist ein erster wichtiger Schritt, um auf den Schülerrückgang vor allem in ländlichen Gebieten reagieren zu können. 2009 wurden auf Initiative der FDP erstmals Kooperationsmodelle zwischen Hauptschule und Realschule ausgeschrieben. Wir haben erreicht, dass die so genannten „9+2“-Modelle inzwischen fest im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz verankert wurden. Mittelschüler mit einem guten Qualifizierenden Abschluss können nun überall in Bayern in 9 + 2 Jahren einen Abschluss an der Realschule machen. Mit den

von uns Liberalen etablierten Kooperationsschulen haben wir es geschafft, dass auch in Bayern das Schulsystem flexibler und durchlässiger geworden ist. Uns war und ist wichtig, dass die Initiative zur Kooperation nicht von oben verordnet wird, sondern dass alle Beteiligten der Schulfamilie vor Ort gemeinsam die vertiefte Zusammenarbeit planen und umsetzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die vertiefte Zusammenarbeit von Mittel- und Realschulen unter einem Dach weiterentwickelt wird und als echte Alternative im bayerischen Bildungssystem verankert wird. Durch das Angebot eines binnendifferenzierten Unterrichts in den Jahrgangsstufen 5 und 6 ist eine maximale Durchlässigkeit zwischen den Schularten gewährleistet. Zudem spricht sich die FDP in ihrem Wahlprogramm dafür aus, dass die Sachaufwandsträgerschaft von Mittel- und Realschulen in der Hand der Landkreise bzw. kreisfreien Städte gebündelt werden. Das erleichtert für beide Schularten die Zusammenarbeit. Die Weiterentwicklung der Kooperation ist für uns die passende Antwort auf die Entwicklung der Schülerzahlen und des geänderten Schulwahlverhaltens der Eltern. Es bietet eine sinnvolle Ergänzung zum differenzierten Schulwesen in Bayern.

7. In Bildung intelligent investieren!

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen ist - gemessen am Brutto-Inlandsprodukt und im Vergleich zu den durchschnittlichen Investitionen der OECD-Staaten - unterfinanziert. Vor allem die Mittel für frühe Förderung und für die Grundschule liegen deutlich unterhalb der Bildungsfinanzierung anderer Industrieländer.

Da es gilt, sowohl dem Bildungsanspruch aller Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden als auch die soziale Balance und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, muss die Qualität des Schul- und Bildungswesens weiter verbessert werden. Um die bestmögliche individuelle Förderung zu ermöglichen, ist der Personalschlüssel zu verbessern. In keiner Grundschulklasse dürfen mehr als 25 Kinder sitzen. In den weiterführenden Schulen ist die Klassenstärke auf 29 Schüler/innen zu begrenzen. Kleinere Klassen garantieren nicht automatisch besseren Lernerfolg. Um individuellen Unterricht zu ermöglichen, sind zwei Pädagogen in jeder Lerngruppe notwendig, die sich um die Vielfalt der Anforderungen kümmern und sich gegenseitig unterstützen und kontrollieren. Mehr Personal ist erforderlich zur Sicherstellung des Kern-, Wahlpflicht- und Wahlunterrichts, zur individuellen Förderung bei Beeinträchtigung des Lern- und Sozialverhaltens, zur Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, für Kinder mit Migrationshintergrund sowie für Schüler/innen mit besonderen Fähigkeiten und Neigungen. Die mobile Reserve ist aufzustocken. Unverzichtbar ist mehr pädagogisch psychologische Expertenhilfe.

Bildungsinvestitionen haben nicht nur einen entscheidenden Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum, sondern auch auf die soziale Balance, auf das kulturelle Leben und auf die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens.

Es gibt zu denken, dass Finnland nur wenig mehr für Bildung ausgibt als Deutschland und dennoch immer PISA-Spitzenplätze erreicht. In Finnland gibt es für die Sekundarstufe nur eine Gehaltsstufe. In Bayern gibt es ausdifferenzierte Gehaltssysteme je nach Schulart, mit den Elementarpädagogen am unteren Ende der Skala und den Gymnasiallehrern am oberen Ende. Personalkosten sinnvoll einzusetzen heißt aber, eine andere Pädagogenausbildung zu entwickeln und damit einhergehend ein anderes Selbstverständnis der Lehrenden zu ermöglichen. Außerdem sollen andere Berufe und Erfahrungen in das Schulleben eingebunden werden.

Investitionen in Bildung erzielen eine sehr hohe Rendite. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2015 zehn Prozent des BIP in Bildung, Wissenschaft und Forschung zu investieren, bedingt eine deutliche Aufstockung des Etats des Bayerischen Kultusministeriums.

Bildungsinvestitionen ermöglichen es uns, eine Reihe von Maßnahmen für noch mehr Qualität und Gerechtigkeit im bayerischen Bildungswesen umzusetzen. Deshalb investiert Bayern – nimmt man den Bereich der Hochschulen noch hinzu – mehr als ein Drittel seines Haushalts in Bildung.

Mit diesem Geld gelingt uns beispielsweise der konsequente Ausbau von Ganztagschulen, die weitere Absenkung der Klassenstärken, die Verbesserung der individuellen Förderung, die Intensivierung der Bemühungen um eine gelungene Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im bayerischen Schulwesen. Allein im Doppelhaushalt 2013/14 fließen deshalb 33,9 Milliarden Euro in die Bildung. Mit

17,1 Milliarden in 2014 ist dies ein Plus von 3,7 Milliarden seit 2008.

Dazu kommt das auf Betreiben der FDP-Landtagsfraktion eingebrachte Bildungsfinanzierungsgesetz. Damit fließen insgesamt weitere 421 Millionen Euro in die Bildung – von der frühkindlichen Bildung bis zur beruflichen Bildung. Nachdem wir bereits das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt haben, werden wir nun den Elternbeitrag weiter absenken. Mit Wirkung ab 1. September 2014 ist vorgesehen, Zuschüsse in Höhe von pauschal 50 Euro auch für Kinder im zweiten Kindergartenjahr zu zahlen. Insgesamt erhalten die Eltern dann in einem Zeitraum von maximal 24 Monaten eine Beitragsermäßigung in Höhe von bis zu 1.800 Euro. Das kostet den Staat 2014: 25 Millionen Euro. Gleichzeitig setzen wir insgesamt 125 Millionen Euro ein, eine „Qualitätsinitiative in Vorschule und Grundschule“ zu starten. So werden wir das erfolgreiche und bereits evaluierte Modellprojekt KidZ (Kindergarten der Zukunft) im Rahmen eines Erprobungsprogramms in die Fläche gebracht wird. Künftig werden Lehrerinnen von 200 Grundschulen in den umliegenden Kindergärten zusammen mit den Erzieherinnen Lernangebote ermöglichen, die den Vorschulkindern einen fließenden Übergang vom „lernenden Spielen“ zum „spielenden Lernen“ ermöglichen. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen, dass wir den Kindergarten als entscheidende Schnittstelle im Übergang zur Grundschule sehen. Denn hier haben wir es noch in der Hand soziale Unterschiede im Bereich der Bildung noch vor Schulbeginn auszugleichen.

Darüber hinaus sollen etwa 1.000 arbeitssuchende Grundschullehrer/innen fortgebildet werden, um im Bereich der frühkindlichen Bildung trainiert zu werden. Mit der staatlichen Übernahme der Personalkosten kann die Maßnahme auch von weniger zahlungskräftigen Gemeinden und somit flächendeckend angeboten werden. Zusätzlich haben wir auch ein ganzes Bündel an Maßnahmen geschnürt, um die Sprachförderung von Beginn an zu verstärken.

Denn: Gute Kenntnisse in der deutschen Sprache sind die Voraussetzung für den weiteren schulischen Erfolg. Die Vorkurse Deutsch werden bisher allerdings nur für Kinder mit Migrationshintergrund angeboten. Aus vielen Rückmeldungen aus den Kindertageseinrichtungen und der Schulfamilie wissen wir aber, dass auch deutschstämmige Kinder einen Förderbedarf bei der Sprachentwicklung besitzen können. Die Ursache können dabei die soziale Herkunft, Sprach-/Lern- oder Entwicklungsverzögerungen sein. Deshalb werden wir Vorkurse, die 240 Stunden umfassen, auch für deutschstämmige Kinder anbieten. Aufbauend auf den vorschulischen Vorkursen werden in den Jahrgangsstufen 1 und 2 der Grundschule unterrichtsbegleitende Deutschförderkurse eingerichtet. Ziel dieser Kurse ist, nach dem Erwerb der in den Vorkursen grundgelegten allgemeinen Kommunikationsfähigkeit in deutscher Sprache die Sprachkompetenz zu erweitern auf den Gebrauch der Bildungssprache Deutsch, wie sie für den erfolgreichen Unterrichtsbesuch erforderlich ist. Für die rund 2.300 staatlichen Grundschulen richten die Staatlichen Schulämter flächendeckend bedarfsgerecht Deutschförderkurse im Umfang von 2 Stunden in Jahrgangsstufe 1 und 1 Stunde in Jahrgangsstufe 2 ein. Davon profitieren auch die Kinder mit Migrationshintergrund, deren Familien während der Grundschulzeit aus dem europäischen Ausland nach Bayern ziehen, und Kinder von Asylbewerbern bzw. Flüchtlingen. Diese Kinder können nicht auf eine vorschulische Sprachförderung aufbauen und benötigen intensive schulische Deutschförderung, um in das hiesige Schulsystem integriert zu werden.

Nicht zu vergessen ist auch: Wir haben zusätzliche finanzielle Mittel für gebundene Ganztagszüge in der Grundschule eingestellt, damit insbesondere in den Jahrgangsstufen 1 und 2 ein qualitativvolles Angebot gemacht werden kann. Wir sind davon überzeugt, dass die gebundene Ganztagschule das umfassende Förderungspaket zielgenau abrundet. Desweiteren werden 200 Lernbegleiter in den Jugendämtern eingestellt, um die Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen in Teamfortbildungen bei der Umsetzung des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans und hier insbesondere bei der Sprachförderung zu beraten und zu unterstützen. Der Freistaat übernimmt dabei 90% der Personalkosten. Mit flexiblen Öffnungszeiten für Kindertageseinrichtungen leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur Angebotsverbesserung und damit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durch eine verbesserte Finanzierung von Randzeiten können Kitas künftig mehr als 9 Stunden pro Tag geöffnet sein und damit den unterschiedlichen Erwartungen von Eltern und betrieblichen Einrichtungen entsprechen.

Im Bereich der beruflichen Bildung kommt der Meisterbonus in Höhe von 1.000 € an erfolgreiche Absolventen der beruflichen Weiterbildung zum Meister oder zu einem gleichgestellten Abschluss. Diesen Zuschuss erhalten die Weiterbildungsabsolventen ab 01. September 2013, um damit einen zusätzlichen Anreiz für die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen zu bieten und die Weiterbildungswilligen gezielt finanziell zu entlasten. Mit dem Meisterbonus sollen erfolgreiche Bildungskarrieren belohnt und zur beruflichen Weiterbildung motiviert werden. Dafür werden pro Jahr rund 29 Millionen Euro eingesetzt. 23 Millionen Euro werden für den neuen Pflegebonus, einen freiwilligen staatlichen Zuschuss, als Schulgeldausgleich für die Träger privater Berufsfachschulen bzw. Fachakademien, die im Gegenzug auf die Erhebung von Schulgeld verzichten, bereitgestellt.

8. Bildung ist mehr als Schule: Stärkung des außerschulischen Bereichs!

Damit das Ziel einer ganzheitlichen Bildung erreicht werden kann, braucht es mehr als Schule. Kinder und Jugendliche benötigen die Möglichkeit außerhalb der Schule ihren eigenen Interessen nachzugehen und sich für ihre Anliegen einzusetzen. Hier spielen Jugendhilfe und Jugendarbeit eine wichtige Rolle.

Um gelungene Bildungsbiografien unserer immer weniger werdenden Kinder zu ermöglichen und die Anzahl der Bildungsverlierer zu verringern, ist also die Zusammenarbeit aller an Bildung Beteiligten auszubauen. Sozial- und Kultusministerium müssen ihre Politik gemeinsam organisieren. Der Erfolg eines ganzheitlichen Bildungs- und Leistungsverständnisses, der alle Lebensbereiche eines jungen Menschen umfasst, beruht auf der Kooperation aller Pädagogen/innen innerhalb und außerhalb der Schule.

Jugendarbeit ist ein zentrales Betätigungsfeld und Engagementfeld für junge Menschen. Dort lernen junge Menschen Verantwortung zu übernehmen und im Team zu arbeiten, sie lernen ehrenamtliches Engagement und demokratische Prinzipien kennen. Frühkindliche Förderung ist nicht gegen die Förderung älterer Kinder und Jugendlicher auszuspielen, beide müssen sich sinnvoll ergänzen. Qualitativ hochwertige Elternbegleitung und -bildung braucht Zeit und Geld. Die Eltern benötigen Unterstützung, Beratung, insbesondere bildungsferne Familien und Familien mit Migrationshintergrund. In Familienzentren wie in England könnten diese Hilfen zusammengefasst werden.

Nicht nur die Kommunen als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind gefordert, sondern auch der Freistaat hat die Aufgabe der Unterstützung des Bildungsangebots der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendarbeit, Jugendkultur- und -sozialarbeit, Tageseinrichtungen und Hilfen zur Erziehung). Bildung ist wesentliche Zukunftsaufgabe, chancengerechte und ganzheitliche Bildung braucht die erforderlichen Ressourcen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, umfassend und auf allen Ebenen.

Neben der Verwirklichung des weiteren Ausbaus von Ganztagesangeboten sieht es die FDP für wichtig an, dass die Abstimmung aller an schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten Beteiligten weiter intensiviert und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe somit verbessert wird.

Der Arbeitskreis Jugendhilfe und Ganztagesangeboten (AK JuGa), dem Vertreter aus den beiden Staatsministerien für Unterricht und Kultus sowie für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen, Vertreter der Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe, aus dem Schulbereich und aus den Verwaltungen größerer bayerischer Kommunen angehören, stellt für uns dabei den passenden Rahmen dar, in dem die gemeinsame politische Koordination organisiert und weiter verstärkt werden kann. Denn Ganztagesangeboten eröffnen ein großes Feld nicht nur für die Jugendarbeit, sondern ebenso für Vereine und viele Akteure, die systematisch in die Bildung und Erziehung eingebunden werden können. Mit ihren spezifischen Methoden und Fähigkeiten und ihrer Art mit Kindern und Jugendlichen umzugehen, stellen sie eine wichtige Ergänzung und Bereicherung bei der Förderung auf dem Weg zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit dar.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist grundsätzlich Aufgabe im eigenen Wirkungskreis der Kommunen (Jugendämter). Sie ist eine Gemeinschaftsaufgabe, bei der alle Kostenträger gemeinsam Verantwortung tragen und entsprechend zum Wohle von Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten müssen. Die FDP vertritt grundsätzlich die Haltung, die Kompetenzen der Akteure vor Ort zu res-

pektieren und mit geeigneten Instrumenten zu unterstützen. Zentrale Instrumente für die Unterstützung des Bildungsangebotes der Kinder- und Jugendhilfe stellen für uns in diesem Sinne Regel-förderprogramme mit ihrer freiwilligen Förderung sowie Landesförderprogramme zum Aufbau und Erhalt von Regelstrukturen dar.

9. Vielfalt leben!

Bildung ist Menschenrecht, das weder vorenthalten noch eingeschränkt werden darf. Die Behindertenrechtskonvention der UN fordert, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gemeinsam mit allen anderen Kindern und Jugendlichen aufwachsen dürfen. Für ein inklusives Schulsystem sind folgende Maßnahmen notwendig:

Entwicklung und Verabschiedung eines konkreten Zeit- und Finanzplans zur Umsetzung der UN-Konvention in Bayern. Die Umsetzung muss transparent und für alle Beteiligten verlässlich erfolgen. Das BayEUG muss so geändert werden, dass inklusive Schulbildung innerhalb der allgemein bildenden und beruflichen Schulen für alle Kinder und Jugendlichen als Rechtsanspruch gesetzlich festgeschrieben wird und eine individuelle Förderung für behinderte wie nichtbehinderte Kinder und Jugendliche Aufgabe aller Schulen ist.

Zur Umsetzung einer inklusiven Schule fordert das Forum Bildungspolitik:

- *Ausrichtung der gesamten Lehreraus- und -fortbildung auf inklusive Pädagogik.*
- *Bessere finanzielle Ausstattung für inklusiv unterrichtende Schulen.*
- *Anpassen der didaktisch-methodischen Konzepte von Unterricht und Etablierung eines neuen Lernverständnisses auf Grundlage der neuesten Forschungsergebnisse aus dem In- und Ausland.*
- *Ausbau des bestehenden Hilfssystems und Investitionen in dieses System.*
- *Schulpsychologie, -sozialarbeit und -beratung und sonder- und heilpädagogische Fachkräfte an jeder Schule. Die Genehmigung und Organisation der notwendigen Vorkehrungen für behinderte Kinder und Jugendliche in allen Bildungseinrichtungen werden in einer Institution gebündelt, sodass die betreffenden Eltern nur eine Anlaufstelle haben.*
- *Allgemeinbildende und berufliche Schulen sind grundsätzlicher Lernort für alle Kinder, Jugendlichen und junge Erwachsene. Die Förderschulen sind zu förderschwerpunktsübergreifenden Kompetenz- und Unterstützungszentren umzubauen.*
- *Individuelle Förderplanung für alle SchülerInnen auf der Basis von lernprozessbegleitender Förderdiagnostik innerhalb der allgemeinen Schule, denn alle Kinder und Jugendlichen haben besondere Fähigkeiten und Bedürfnisse. Eine ständig präsente zweite pädagogische Kraft für jede Klasse in jeder Schule muss über das selbstverwaltete Budget von den Schulträgern selbst angestellt werden können.*
- *Derzeit vorhandene Ressourcen in den Förderschulen dürfen nicht reduziert werden, sondern alle Lehrer- und Fachkraftstellen müssen bei zunehmender Inklusionsquote sukzessive auf Regelschulen verlagert werden. Inklusion ist langfristig kostenneutral. Teuer ist aber die Aufrechterhaltung zweier konkurrierender Systeme.*
- *Zügiger Umbau aller allgemeinbildenden Schulen zu rhythmisierten Ganztagschulen.*
- *Barrierefreie Umgestaltung aller allgemeinen und beruflichen Schulen.*

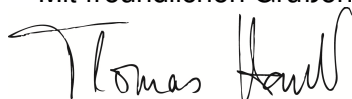
Die FDP setzt auf die Eigenverantwortliche Schule, damit sich jede Schule ein individuelles Profil geben kann. Ziel ist es, dass die Schule vor Ort gezielt die Angebote machen kann, die die Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf tatsächlich benötigen. Wir wollen eine enge Einbeziehung der Eltern, denn alle Maßnahmen werden nur Erfolg haben, wenn es vor Ort eine aktive Beteiligung der Eltern gibt. Als Ziel der Elternbeteiligung soll jede Schule in Abstimmung mit Eltern, Lehrern und auch mit den Schülerinnen und Schülern eigenverantwortlich ein Konzept zur Elternarbeit entwickeln.

Wir Liberale sind davon überzeugt, dass wir ein inklusives Schulsystem nur nach und nach erreichen können. Es ist ein Prozess. Deshalb brauchen wir Schulen, die vorangehen: Ein Motor der Entwicklung zu einem inklusiven Schulwesen sollen Schulen sein, die sich das Schulprofil „Inklusion“ geben. Deshalb will die FDP die Zahl der Profilschulen „Inklusion“ deutlich ausweiten. Die Eltern sollen über den bestmöglichen Förderort ihrer Kinder frei entscheiden und durch eine hoch-

wertige Beratung in ihrer Entscheidung unterstützt werden. Einen Zeitpunkt, der bestimmte und starre Quoten der inklusiven Beschulung an Regelschulen vorsieht, wollen wir nicht vorgeben. Insbesondere in den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung müssen wir noch verstärkt Anstrengungen unternehmen, um diese Kinder an die Regelschulen zu bringen.

Wir brauchen auch zukünftig unsere Förderzentren, die sich aber zu Kompetenzzentren weiterentwickeln müssen. Die bestehenden Förderschulen sollen sich öffnen und ihre fachliche Kompetenz verstärkt ins Regelschulsystem einbringen. Förderschulen soll es ermöglicht werden, ebenfalls das Profil „Inklusion“ zu erwerben, wenn sie ausreichend viele Schüler ohne Behinderung aufnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Thomas Hacker in black ink.

Thomas Hacker, MdL
Stellv. Landesvorsitzender
Fraktionsvorsitzender